

Abstimmung vom 4.3.2001

Die Initiative für einen Generika-Zwang erzielt einen Achtungserfolg

**Abgelehnt: Volksinitiative «für tiefere Arzneimittel-
mittelpreise»**

Roswitha Dubach

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Dubach, Roswitha (2010): Die Initiative für einen Generika-Zwang erzielt einen Achtungserfolg. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 602–603.

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Der Detailhandel-Discounter Denner lanciert im Juli 1997 die Volksinitiative «für tiefere Arzneimittelpreise» und kann diese bereits Ende des Jahres mit rund 127 000 Unterschriften einreichen. Wie eine Reihe anderer seit Anfang der 1990er-Jahre lancierter Volksbegehren (vgl. Vorlagen 373, 416, 472, 499, 528) trachtet auch diese Initiative danach, die sogenannte Kostenexplosion im Gesundheits- und Krankenversicherungsbereich einzudämmen. Sie verlangt, dass in den Nachbarstaaten zugelassene Medikamente ohne zusätzliche Kontrolle auch in der Schweiz verkauft werden können und Ärztinnen, Ärzte und Apotheken – soweit vorhanden – Generika beziehungsweise das preisgünstigste Medikament verschreiben müssen.

Der Bundesrat stellt die Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes sowie das neue Heilmittelgesetz, die beide in Bearbeitung stehen und die Abgabe von Generika privilegieren, der Volksinitiative als indirekten Gegenvorschlag gegenüber und beantragt den eidgenössischen Räten, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Er verwirft die Initiative hauptsächlich deshalb, weil der Wegfall der Zulassungskontrolle die Arzneimittel- und Sicherheit der Patientinnen und Patienten gefährde, weil die bewilligungsfreie Zulassung nur bedingt zu einer Senkung der Schweizer Arzneimittelpreise führe (vor allem profitiere der Zwischenhandel) und weil der Zwang zur Abgabe von Generika einen schweren Eingriff in die Therapiefreiheit und -verantwortung der Ärzteschaft darstelle.

Beide Räte lehnen Anträge ab, die der Initiative einen direkten Gegenvorschlag entgegenstellen wollen, und empfehlen die Volksinitiative in der Schlussabstimmung einstimmig zur Ablehnung.

GEGENSTAND

Die Volksinitiative «für tiefere Arzneimittelpreise» verlangt, dass alle Medikamente, die in den Nachbarstaaten der Schweiz zugelassen sind, ohne weitere Kontrolle auch in der Schweiz verkauft werden dürfen. Zudem sollen über die Grundversicherung nur noch die preisgünstigsten Medikamente vergütet werden. Wenn Generika (Nachahmungen von Originalpräparaten) bestehen, müssen diese abgegeben beziehungsweise verschrieben werden.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Die Lega dei Ticinesi und die Schweizerische Stiftung für Konsumentenschutz geben die Japarole aus. Die SP ist gespalten und bestimmt schliesslich wie der CNG Stimmfreigabe. Eine Minderheit der SP-Leitung kann der Initiative als Signal gegen die «Hochpreispolitik der Pharmamultis» durchaus positive Seiten abgewinnen (APS 2001). Sie ist der Ansicht, die Mängel des relativ unklar formulierten Begehrens könnten in der ausarbeitenden Gesetzgebung behoben werden. Das Initiativkomitee argumentiert, das hohe Arzneimittelpreisniveau der Schweiz könne nur mit der Initiative, nicht aber mit der vorgesehenen Revision des Krankenversicherungsgesetzes und dem neuen Heilmittelgesetz geknackt werden.

Alle anderen Parteien, Wirtschafts- und Arbeitnehmerdachverbände sowie die Apothekervereinigung, das Konsumentinnenforum und die Schweizerische Patientenorganisation geben die Neinparole aus. Die Gegnerschaft argumentiert in erster Linie, das Begehren beschneide die Therapiefreiheit der Ärzteschaft, gefährde die Sicherheit der Patientinnen und Patienten und führe zu einer «Zweiklassen-Medizin». Auch schwäche es den Pharmastandort Schweiz.

ERGEBNIS

Die Initiative wird in allen Kantonen und mit einem Neinstimmenanteil von 69,1% deutlich abgelehnt. Dass sie, obwohl von keiner namhaften Partei unterstützt, dennoch gut 30% Ja-Stimmen erhält, werten Beobachter als Zeichen, dass die Initiative einen heiklen Punkt berührte.

Die Initiative polarisiert die Stimmenden kaum entlang von politischen oder sozialen Trennlinien. Jedoch befürworteten sie Männer (37% Ja) und Sympathisanten von Konsumentenorganisationen (42%) laut der Vox-Analyse in überdurchschnittlichem Ausmass.

QUELLEN

BBI 1999 7541; BBI 2000 3538. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1997 bis 2001: Sozialpolitik – Gesundheit, Sozialhilfe, Sport – Gesundheitspolitik. Vox Nr. 73.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.